



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgentreten!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1867

Ablehnung des politischen Extremismus

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1910 (selbstständig)

Der Landtag hat die beiden Anträge durch Plenarbeschluss vom 6. Oktober 2011 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Europaausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse haben sich mit den Vorlagen befasst. Der federführende Innen- und Rechtsausschuss schloss seine Beratungen vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des Europaausschusses bereits am 9. November 2011 ab, der beteiligte Europaausschuss führte am 23. November 2011 seine abschließende Beratung durch.

In Übereinstimmung mit dem beteiligten Europaausschuss führte der Innen- und Rechtsausschuss eine alternative Abstimmung zwischen den beiden Anträgen durch. Dabei entfielen auf den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1867, die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW und auf den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP.

Damit empfiehlt der Ausschuss wiederum in Übereinstimmung mit dem Europaausschuss dem Landtag mehrheitlich, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Ablehnung des politischen Extremismus, Drucksache 17/1910, anzunehmen und den Antrag der Fraktion der SPD, Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgentreten!, Drucksache 17/1867, abzulehnen.

Thomas Rother
Vorsitzender